

Duisburger Appell

(verabschiedet von den Teilnehmern auf dem Landesforum am 2.11.2006)

In Artikel 11 der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen heißt es:

„In allen Schulen ist Staatsbürgerkunde Lehrgegenstand und staatsbürgerliche Erziehung verpflichtende Aufgabe.“

Schule in der Demokratie hat die grundlegende und zukunftssichernde Aufgabe, Schüler und Schülerinnen auf die demokratische Teilhabe und die Gestaltung des Gemeinwesens vorzubereiten.

Unter den heutigen Bedingungen fortwährenden und sich beschleunigenden technischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandels wird die bewusste Gestaltung in Staat, Gesellschaft und Beruf zur Voraussetzung individueller Selbstbehauptung und gesellschaftlicher Anpassungsfähigkeit. Diesen Bildungsauftrag können nur wenige Fächer (2. Aufgabenfeld) konkret einlösen. Hier hat das Fach Sozialwissenschaften mit seinen grundlegenden fachlichen Inhalten (Wirtschaft, Gesellschaft, Politik) und seinen spezifischen Methoden eine zentrale Bedeutung.

Die bisher vorliegenden Vorgaben und Entwürfe zur Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe sehen aber eine massive Einschränkung des gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeldes vor. Durch die Pflichtbindung von Deutsch, Englisch, Mathematik im Abitur und die Festlegung eines 4. Schwerpunktfaches auf eine weitere Fremdsprache oder eine Naturwissenschaft wird der gesamte Bereich der Gesellschaftswissenschaften in die Randbereiche der Qualifikationsphase verwiesen.

Verstärkt wird dies durch zwei weitere geplante Maßnahmen, die das Fach Sozialwissenschaften mit seinen Teilbereichen Ökonomie/Politik/Soziologie vollends an den Rand drängen.

1. Im Entwurf für die neue Jahrgangsstufe 10, dem 1. Jahrgang der gymnasialen Oberstufe, sind lediglich 2 Stunden für die Gesellschaftswissenschaften vorgesehen. Dies wird verbunden mit einer Pflichtbelegung für das Fach Geschichte (siehe Entscheidung des Staatssekretärs vom 27.10.). Konkret bedeutet das, Fächer wie Sozialwissenschaften, Erdkunde oder Pädagogik kommen im Pflichtbereich noch nicht einmal mehr als Angebot vor.

2. Die Abschaffung des Systems von Grund und Leistungskursen (3 bzw. 5 Wochenstunden) und die Reduktion dieser Fächer auf 2 (!) Jahreswochenstunden in der neuen Klasse 10 verhindert jede Form von "Exzellenz", wie sie doch ausdrücklich durch Schwerpunktsetzungen der Schülerinnen und Schüler erreicht werden soll. Dies gilt im übrigen auch für andere Fächer. Für das Erreichen der bisher in den Lehrplänen verankerten Zielsetzungen fehlen damit die Voraussetzungen. Dies alles geschieht zu einer Zeit, in der die Schule mehr denn je Grundlagen legen muss, um Schülerinnen und Schüler zu befähigen, unter veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wie z.B. zurückgehender Partizipation ("Nicht-Wähler"), Gewaltphänomenen ("Rechtsradikalismus") und wachsender Unsicherheit („Flexibilisierung“) ihre Rolle als Staatsbürgerin und -bürger zu finden. Die Vorgaben, verstärkt die ökonomische Bildung in den Mittelpunkt zu stellen, werden vollends unerfüllbar.

Das Fach Politik/Wirtschaft (Sek. I) sowie Sozialwissenschaften (Sek. II) bereitet die jungen Menschen nicht nur in besonderer Weise auf diese Herausforderungen vor. Es legt zugleich die unverzichtbaren Grundlagen für eine Vielzahl von Studiengängen und Berufsfeldern, nicht zuletzt auch durch die gezielte Vermittlung von Methodenkompetenzen in der empirischen Sozialforschung.

Unsere Forderungen lauten deshalb:

- Gleichbehandlung der Gesellschaftswissenschaften und der Naturwissenschaften im Umfang der Wochenstundenzahl und in der Abiturelevanz
- Gleichbehandlung der Fächer innerhalb des gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeldes (u.a. Sozialwissenschaften, Geschichte, Erdkunde oder Pädagogik)
- Respektierung der Landesverfassung durch Beibehaltung der Pflichtkurse für Sozialwissenschaften als Voraussetzung für die Abiturzulassung
- Beibehaltung des Systems von Grund- und Leistungskursen in allen Fächern und der damit verbundenen Freiheit der Schülerinnen und Schüler, ihr Bildungsprofil eigenverantwortlich zu gestalten

**Wir brauchen eine zukunftsfähige Oberstufenreform
und keinen Rückschritt in die frühen 60er-Jahre!**